

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Tdr. — Inserionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Rgr.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Ueberblick.

Deutschland. Frankfurt a. M. Nationalversammlung, die Grundrechte. Störung. Frankfurt a. M. Straßenkampf. + Dresden. I. Kammer, die Aufhebung der Stifter und Klöster. II. Kammer, Chemnitz-Niesauer Eisenbahn. Chemnitz. Bekanntmachung. München. deutsch-katholische Versammlung. Volksversammlung in Neuberghausen. Hr. v. d. Lann. Kassel. Staatsräthe. Altona. Die interimistische Regierung. Die Reichstruppen. Schwerin. Das Ministerium. O Neu-Strelitz. Die Bewegung gegen das Wahlgesetz. — Dänische Fregatten vor der Weser.

Preußen. Berlin. Armeebefehl des Generals Wrangel. — Gouvernementsbefehl an die Truppen in Berlin. A Berlin. Nationalversammlung. Präsidentenwahl. + Berlin. Der Armeebefehl. Das Gesetz zur Sicherung der persönlichen Freiheit. Mieroslawski. B Berlin. Die Ministerkrise; Bewegung; die entlassenen Arbeiter; Vorkehrungsmaßregeln. + Berlin. Ansprache an die Soldaten; Parade. + Berlin. Schlägereien; der Armeebefehl Wrangel's. Berlin. Der Armeebefehl. Die Landwehr. * Posen. Die Polen. Die Bürgerschaft. Stettin. Unruhen in Laffan. Der pommerische Communallandtag. Münster. Hr. Fraling. Köln. Hr. v. Wittgenstein.

Oesterreich. + Pesth. Graf Teleki geht zum Ban Jellachich über; Erzherzog Stephan stellt sich an die Spitze des ungarischen Heeres. Pesth. Aufruf des Grafen Batthyanyi. Presburg. Bewegung. Finkkirchen. Festung Esseg. Triest. Französische und englische Kriegsschiffe vor Triest.

Schweiz. Bern. Tagtagung.
Handel und Industrie.
Ankündigungen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 18. Sept. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wird um 9 1/2 Uhr durch den Präsidenten H. v. Gagern eröffnet. Mehrere Reclamationen gegen das Protokoll der letzten Sitzung werden von den Abgg. Schaffrath, Rüder und Schoder erhoben. Abg. Blum rectificirt gleichfalls eine Stelle des Protokolls in Betreff der zweimaligen Abstimmung über die Trennungsfrage des Majoritätsantrags und bezeichnet den Herzog von Augustenburg als einen der Zuhörer, welche während dieser Abstimmung die Sitze der Abgeordneten eingenommen hatten. (Unruhe.) Der Präsident droht, die Galerien räumen zu lassen, und weist des Abg. Wigard Verweisung auf die Geschäftsordnung zurück, worauf Abg. Wigard von der Rednerbühne sich rechtfertigt. Abg. Hartmann verlangt, daß im Protokolle angeführt werde, obige Abstimmung habe nur eine Majorität von zwei Stimmen gehabt. Vicepräsident v. Soiron, welcher der letzten Sitzung präsidirt hatte, bemerkt hierauf, daß diese geringe Majorität in ihrer Abweichung zur ersten Abstimmung durch Abwesenheit der Mitglieder und Sinnesänderung entstanden sein könne. Abg. Berger erwähnt, daß der Präsident mit dem Beginnen der Rede des Abg. Heckscher den Vorstoß an Hr. v. Soiron abgetreten habe, und verlangt desfallige Bemerkung im Protokoll. Der Präsident widerlegt den Redner, indem er erklärt, daß er nur deswegen Hr. v. Soiron mit dem Vorstoß beauftragt habe, weil er an der Debatte Theil nehmen wollen, welche Absicht er jedoch der großen Rednerzahl wegen später wieder aufgegeben habe. Einer eben gemachten Mittheilung zufolge habe der Herzog von Augustenburg nicht auf einer Abgeordnetenbank, sondern auf dem für die Zuhörer bestimmten Plage sich befunden. Es wird ein Schreiben des Reichsministers des Innern an den Präsidenten der Reichsversammlung verlesen, daß, nachdem der Vicepräsident v. Hermann das ihm zur Bildung eines Ministeriums übergebene Mandat zurückgegeben, das interimistische Reichsministerium sich bereit erklärt habe, die Führung sämtlicher Regierungsgeschäfte mit voller Verantwortlichkeit bis zur Ernennung eines neuen Cabinets fortzuführen. Inzwischen sind die auswärtigen Angelegenheiten dem Reichsminister des Innern, Hr. v. Schmerling, und das Portefeuille für die Finanzen dem Handelsminister v. Dudaus übertragen worden. Abg. Berger interpellirt den Kriegsminister wegen der militärischen Besetzung des Platzes bei der Paulskirche und der Artillerieaufstellung in Bodenheim. Minister v. Schmerling: Auch ohne diese Interpellation würde sich der Reichsversammlung eine Anzeige über diesen Gegenstand gemacht haben. Die vorgestrigen Ereignisse sowie die gestrigen sind bekannt. Der Senat der freien Stadt Frankfurt hat Anlaß genommen, dem Reichsministerium eine Zuschrift zuzustellen, worin er

gegen diese Behörde die Ansicht ausspricht, daß in Erwägung der gegen Mitglieder der Nationalversammlung öffentlich ausgesprochenen Achtung und in Ansehung neuer Zugänge von Menschenmassen Vorkehrungen zum Schutze der Reichsversammlung und zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe zu treffen seien. Das Reichsministerium habe es, gestützt auf diese in der heutigen Nacht ihm zugekommene Mittheilung, für seine Pflicht gehalten, die geeigneten Maßregeln zu treffen und zum Schutze der Versammlung Reichstruppen aus Mainz zu requiriren. Die Versammlung könne darum auf Handhabung der Ordnung rechnen; außerhalb des Hauses möge man aber bedenken, daß jeder Angriff auf dieselbe ein Hochverrath sei. (D. P. A. Z.)

— Frankfurt a. M., 18. Sept. Die tumultuarischen Vorgänge der Nacht vom 16.—17. Sept., welche dem Beschlusse wegen Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes folgten, sowie die Beschlüsse der gestrigen Volksversammlung, welche die Mitglieder der ehegestrigen Majorität für Verräther am Vaterland, an seiner Ehre und Freiheit erklärten, was heute durch eine Deputation der Reichsversammlung selbst mitgetheilt werden sollte, haben den Senat der freien Stadt bewogen, eine Truppenheranziehung zu beantragen. Das betreffende Schreiben des Senates wurde in der Paulskirche vom interimistischen Minister des Innern vorgelesen. Ein Bataillon Oesterreicher und ein Bataillon Preußen sind in Folge dessen in vergangener Nacht angelangt und haben die Umgebung der Paulskirche wie sie gekommen, d. h. mit Saak und Pack, besetzt, ohne abtreten zu können. Die sämtlichen Strafen um die Paulskirche herum waren besetzt und abgesperrt, ohne daß jedoch den Einzelnen der Durchgang verwehrt war; die Abgeordneten sammelten sich allmählig und wurden theilweise, d. h. soweit sie zur Linken gehören, freudig begrüßt; die Strafen waren jedoch nur von Neugierigen angefüllt; die „Stürmer“ sah man noch nicht. (Wir geben hierzu die uns zugegangenen, unter dem Eindrucke der Ereignisse verfaßten Berichte, die bis zum 18. Sept. nach 6 Uhr Abends reichen.)

Frankfurt a. M., 18. Sept. Der gestrige Tag ist ruhig vorübergegangen, wie viele Besorgnisse wegen Unruhen auch vorhanden waren. Die Volksversammlung gestern Nachmittag auf der Pfingstweide war von 10—12,000 Menschen — man sagt zwar 20,000, aber das scheint übertrieben — von hier, von Hanau, Offenbach, Mainz und andern Orten besucht und in der aufgeregtesten Stimmung. Abgeordnete waren nur einige von der äußersten Linken dabei, und es sprachen Zib, Simon aus Trier, Wesendonk und Schöffel. Es wurden die Beschlüsse gefaßt: 1) Eine Sturmgebung in die Nationalversammlung zu bringen und deren Vorlesung zu erzwingen des Inhalts: die 258 Mitglieder, welche für Ratification des Waffenstillstandes gestimmt, seien Verräther an Deutschlands Einheit und Ehre; 2) einen Aufruf an das Volk zu erlassen, in welchem dieses aufgefordert wird, andere Wahlen vorzunehmen. Diese beiden Beschlüsse wurden scheinbar einstimmig gefaßt und zur Ausführung des erstern die Theilnehmer auf heute morgen bestellt. Die drei Fractionen der Linken berietthen von 5 Uhr an in ihren einzelnen Clubs, und von 7 Uhr an vereinigt über die Fragen: ob man in der Gesamtheit austreten, sich für permanent erklären und als Fortsetzung des Vorparlaments constituiren solle? Diese Frage wurde von den Westindiern und dem Deutschen Hof einstimmig verneint und nur von einzelnen Mitgliedern der äußersten Linken ist die Angabe richtig: von 19 — bejaht. Nach dieser Entscheidung wurde beschlossen: 1) einen Aufruf an das Volk zu erlassen und dasselbe zur Beschlußfassung über den Waffenstillstand in letzter Instanz aufzufodern; 2) bei der Nationalversammlung eine authentische Interpretation der Worte „soweit thunlich“ dringlich zu beantragen und dabei die Bezeichnung der Punkte des Waffenstillstandes zu verlangen, deren Ausführung „thunlich“ sei. Schon seit Beginn des Abends sammelten sich große Massen am Deutschen Hofe, welche die ankommenden Westindier und Donnersberger mit lautem Jubel begrüßten; um 9 Uhr erschien eine Deputation der Vereine und der Volksversammlung, um zu fragen: was die Minderheit zu thun gedenke? die Bitte um den Austritt derselben zu wiederholen und die ganze Kraft ihrer Vollmachtgeber anzubieten. Der Vorsitzende eröffnete derselben die gefaßten Beschlüsse, worauf die Deputation sich in kurzer und schroffer Weise entfernte. Die Massen verloren sich mit ihr, und zogen ohne irgend erhebliche Ruhestörung bis nach Mitternacht durch die Straßen.